

Kantone sollen auf der Spur bleiben

des Bundes
2.12.14

Die Bildungskommission des Nationalrats will im Sprachenstreit eingreifen und Druck auf die Kantone machen.

Anja Burri

Die Bildungskommission des Nationalrats (WBK) sorgt sich wegen des Sprachenstreits derart um den nationalen Zusammenhalt, dass sie das Gesetz ändern möchte. Sie hat gestern mit 13 zu 8 Stimmen bei einer Enthaltung eine Kommissionsinitiative beschlossen. Diese will das Sprachengesetz ergänzen: Jedes Kind soll spätestens ab der fünften Klasse eine zweite Landessprache lernen müssen. Kantone, die vom Sprachenkompromiss der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) abweichen, würden so künftig gegen das Sprachengesetz verstossen.

Gemäss dem EDK-Kompromiss muss die erste Fremdsprache spätestens ab der dritten Klasse, die zweite ab der fünften Klasse unterrichtet werden. Weil zurzeit in mehreren Kantonen Bemühungen laufen, die zweite Fremdsprache aus der Primarschule zu verbannen, ist dieser Kompromiss in Gefahr. Etwa im Thurgau entschied das Parlament, in der Primarschule nur noch Englisch zu unterrichten.

Landessprachen zuerst

Mit einer zweiten Initiative will ein Teil der WBK (7 zu 4 Stimmen bei 11 Enthaltungen) noch weiter gehen und die Kantone dazu zwingen, als erste Fremdsprache eine Landessprache zu unterrichten. Als Folge müssten 14 Kantone, darunter Zürich, ihren Unter-

richt umstellen. Ein Ordnungsantrag von SVP-Nationalrätin Verena Herzog (TG), zuerst die Harmonisierungsbilanz der EDK im Sommer 2015 abzuwarten und juristisch abzuklären, ob es mit der Verfassung vereinbar ist, wenn sich das Parlament in die Bildungshoheit der Kantone einmischt, scheiterte mit 11 zu 12 Stimmen.

Die WBK sehe die erste Initiative als Unterstützung für die EDK, nicht als Einmischung, sagt Kommissionspräsident Matthias Aebischer (SP, BE). Man wolle verhindern, dass einzelne Kantone aus dem Sprachenkompromiss ausscheren. Zur zweiten, weitergehenden Kommissionsinitiative äussert er sich nicht.

Harsche Reaktionen

EDK-Präsident Christoph Eymann ist wenig begeistert über diese Unterstützung: Der Zeitpunkt und das Vorgehen der WBK seien falsch, sagt er auf Anfrage des «Bund». Im nächsten Sommer werde die EDK Bilanz ziehen, ob die Harmonisierung der kantonalen Schulsysteme gelungen sei. Bis dann sei auch der Sprachenunterricht «ein Geschäft der Kantone und nicht des Bundes». Christian Amsler, Präsident der Deutschschweizer EDK, reagierte auf seinem Blog: «Ich hatte gehofft, dass der Bund und damit die Damen und Herren Nationalräte die gebotene Subsidiarität walten lassen und darauf verzichten, bundesrechtliche Vorkehrungen zu treffen, bevor die erstmalige Bilanz über die Harmonisierung vorliegt.»

Nun ist die WBK des Ständerates am Zug. Die Ständesvertreter sind allerdings traditionell sehr zurückhaltend, wenn es um einen Eingriff in die Hoheit der Kantone geht.